

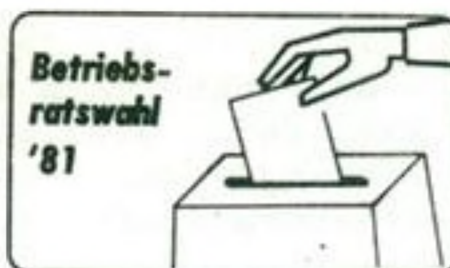


DIE ROTE PRESSE

Betriebszeitung für THYSSEN-Brackwede

KPD/Marxisten-Leninisten

Mai
1981
6. Jahrg.



Ein frischer Wind ?

Das Ergebnis der Betriebsratswahl bei Thyssen war sicherlich für die nicht wiedergewählten "altgedienten" Betriebsräte mehr als enttäuschend. Dass hier viele Kollegen diesem oder jehnem ihre Stimme nicht mehr gaben, hat seine Gründe.
Aber anstatt nach diesen Gründen zu fragen, macht sich die Ortsverwaltung lieber auf die Suche nach "Schuldigen". Auf die Idee, dass man selbst Fehler gemacht, sich nicht genügend um die Probleme der Kollegen gekümmert hat, kommt man vorsichtshalber gar nicht. Die von Gutschke noch auf der letzten Betriebsversammlung vor der Wahl gepriesene erfolgreiche Betriebsratsarbeit ist von den meisten Kollegen offensichtlich ganz anders beurteilt worden. Nach der Wahl gabs lange Gesichter und auch die Werksleitung sah die jahrelang praktizierte sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit in ernsthafter Gefahr. Dem neuen Betriebsrat weht jedenfalls ein anderer Wind entgegen. → S.2

Aufruf der KPD Bielefeld

Raus aus der NATO — für eine neutrale BRD

Die Ortsgruppe Bielefeld der KPD ruft die Bürger unserer Stadt zur breiten Teilnahme an den Aktivitäten der örtlichen Friedensinitiative auf. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges hat sich im vergangenen Jahr erheblich verschärft. Der kalte Krieg zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion hat in den letzten Monaten einen neuen Höhepunkt erreicht, und aus Washington ist fast täglich aus dem Munde verantwortlicher Politiker zu vernehmen, daß man auch vor dem heißen Krieg nicht zurückschreckt. Gewachsen ist damit auch die Gefahr, daß Deutschland erneut zum Schlachtfeld eines weltweiten Krieges wird. → S.2

Erwin's Nachtgebet.

Ich bin nicht Schulze oder Müller,
bin Meier, und Gewerkschaftssekretär,
schon längst nicht mehr ein Knüller,
bin falsch, reaktionär.

So manch Wort hab ich verbogen,
gepflegt die falsche Kumpanei,
hab Kollegen frech belogen,
ich denk mir nichts dabei.

Ob Benteler, Miele oder Thyssen,
ob Kollegen von Mannesmann,
alle hab ich sie beschissen,
weil ich halt nichts andres kann.

So knie ich hier und bete:
Bitte, oh verzeih mein Gott;
ich denk nur an die Knete,
bis morgen-also,im alten Trott !

So setzte sich die schon vor der Wahl zu beobachtende Sitzungshektik auch kurz nach der Wahl fort. Galt es doch die durch die Postenjägerei zerstrittene rechte Betriebsratsmafia zu kitten und das Image ihres Vorsitzenden Gutschke als Kommunalpolitiker zu retten. Am Morgen nach der Wahl wurden eiligst alle im neuen Betriebsrat vertretenen SPD- Mitglieder zusammengetrommelt und man begab sich mit SPD-Ortssekretär zu einer weiteren Geheimsitzung, hinter die verschlossenen Türen des Betriebsratszimmers. Offenbar gelang SPD-Sekretär Peter Hamann der Versuch,die zerstrittenen Gruppen, Schell,Solak,Oblau einerseits und Gutschke, Heidler andererseits, zusammenzuflicken nur ungenügend. Aber gegen die "Linken" im Betriebsrat wird man sich schon einigen.

Einig war man sich jedenfalls vor der Betriebsratswahl in dieser Frage. In zahlreichen Sitzungen mit Erwin Meier von der Ortsverwaltung hatte man hinter verschlossenen Türen hin- und herüberlegt wie die Mehrheits- und Machtverhältnisse zu sichern seien. Die gemeinsame Wahl war ja nun sehr zum Leidwesen der Herren in die Hose gegangen.

Gemeinsam verhinderten Meier Gutschke und Co, dass im Vertrauensleutekörper über die Reihenfolge auf der Kandidatenliste der IGM abgestimmt wurde. Gemeinsam wurden ehrliche Betriebsratskandidaten mit Dreck beworfen.
Trotz alledem ist nicht nur das Wahlergebnis bei Thyssen, sondern auch bei Mannesmann und und anderswo, gar nicht nach dem Geschmack der Ortsverwaltung. Die Herren der Ortsverwaltung haben jetzt Hummeln im Hintern, weil eine Reihe sogenannter "bewährter" B.-Räte wieder arbeiten müssen. Helmut Wullenkord aus der Marktstrasse interpretiert die Wahlergebnisse in den Betrieben auf seine Weise: "Altbewährte Betriebsräte sind von ihren Posten verdrängt worden, stattdessen sitzen jetzt überall die Kommunisten drin." Aber für Wullenkord ist ja jeder kritische Kollege schon ein Kommunist.

Den Erfolg der Wahl bei Thyssen sehen viele Kollegen mit Recht darin, dass mehr als bisher Kollegen im Betriebsrat sind, von denen eine ehrliche Arbeit zu erwarten ist.
Dies ist gut, wird aber nicht allein zu einer Änderung der Betriebsratsarbeit genügen. Wenn in Zukunft eine andere Gangart mit der Geschäftsleitung gefahren werden muss, kommt es darauf an, dass Betriebsräte und Kollegen sich zusammenschliessen. Denn nur gestützt auf ihre Kollegen, auf ihre Solidarität, können die Betriebsräte die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei Thyssen erfolgreich gegenüber Stender vertreten.



Denn beide deutsche Staaten sind heute ein waffenstarrendes Aufmarschgebiet der Armeen der NATO und des Warschauer Paktes, ein brisantes Pulverfaß also, wo ein Funke genügt, Millionen Menschen in den sicheren Tod zu treiben. Und ungeachtet der Tatsache, daß die Bundesrepublik schon heute das Land mit der größten Atomwaffendichte ist, will die Bonner Regierung neue Atomraketen ins Land holen, uns damit noch enger ins Fadenkreuz sowjetischer Atomwaffen rücken. Dieser Entwicklung muß von allen friedliebenden Menschen Einhalt geboten werden. Denn die Bundesregierung hat unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie auch um den Preis der totalen atomaren Vernichtung unseres Landes dem Kriegskurs des amerikanischen Präsidenten Reagan folgt.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die KPD die Gründung der Bielefelder Friedensinitiative, die den Kampf gegen die Stationierung neuer Atomwaffen auch in unserer Stadt führt. Mit der BFI stimmen wir darin überein, daß der Kampf zur Verteidigung des Friedens erfolgreich nur von einer breiten Bewegung der gesamten Bevölkerung geführt werden kann. Abrüstungsverhandlungen, auf die uns manche Kräfte in der Friedensbewegung orientieren wollen, halten wir in der heutigen Zeit im Kampf für den Frieden allerdings für wenig dienlich. Denn das hieße, auf dieselben politischen Kräfte zu vertrauen, die uns in der Vergangenheit mit eben denselben Verhandlungen nur eine verschärfte Hochrüstung bescherten.

Es gilt, in der Friedensbewegung für solche Forderungen einzutreten die den Frieden für unser Land tatsächlich sicherer machen. Treten wir darum ein für die Loslösung vom US-amerikanischen Kriegskurs, kämpfen wir für den Austritt aus der Nato und für eine vollständige Neutralität der Bundesrepublik Deutschland!

In diesem Sinne wünschen wir der Bielefelder Friedenswoche einen erfolgreichen Verlauf!

Mit dem Tarifabschluß von Sindelfingen ist ein Punkt erreicht, an dem eine vorläufige Bilanz der Lohnrunde 1981 gezogen werden muß. Sollte es bei der Marke bleiben, die in diesem Kompromiß gesetzt worden ist, so würde das bedeuten, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und in Westberlin zum ersten Mal einen deutlichen Abbau der Reallöhne hinnehmen muß. Die gegenwärtige Preissteigerungsrate von offiziell 5,6 Prozent wird am Ende dieses Jahres kaum milder ausfallen. Eher ist zu befürchten, daß sie im Jahresdurchschnitt ihren jetzigen Stand noch übertrifft.

Notbremse in Sindelfingen

Es stellt sich natürlich die Frage: War da nicht mehr drin? Hatten die Gewerkschaften nicht die Macht und die Kraft, einen Abschluß zu erzwingen, der in etwa wenigstens die Sicherung der Reallöhne in diesem Jahr garantiert hätte?

Unserer Ansicht nach wäre auf jeden Fall mehr drin gewesen. Wann hat es das in dieser Republik je gegeben, daß mehrere Millionen Arbeiter für ihre Lohnforderungen so aktiv gekämpft, daß nahezu die gesamte Mitgliedschaft der größten Einzelgewerkschaft mobilisiert und direkt in die Lohnbewegung mit einbezogen war?

Ohne diese beispiellose Breite der Lohnbewegung bei Metall — das muß man klar sehen — hätten die Kollegen noch nicht einmal einen Abschluß von ca. 5 Prozent herausgeholt. So wie sich die Unternehmerverbände das erhofft und gewünscht hatten, ist die Sache nun auch nicht gerade gelaufen. Gewiß, sie haben ihr Hauptziel zunächst erreicht: im wichtigsten Industriezweig konnten sie der mächtigsten Einzelgewerkschaft einen eindeutigen Reallohnabbau diktieren. Aber sie mußten doch größere Zugeständnisse machen, als sie es sich vorgestellt hatten.

Es ging in dieser Tarifauseinandersetzung bei Metall nicht nur um Lohnprozente. Das Großkapital hat die „lohnpolitische Wende" auf seine Fahnen geschrieben. Das war und ist eine lohnpolitische Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Die beschwörenden Appell der IGM-Bonzen, durch das kompromißlose Vorgehen der Unternehmer sei der „soziale Frieden" bedroht, stießen auf taube Ohren. Das sozialpartnerschaftliche Vaterunser der Vetter und Loderer steht heute bei den Finanz- und Industriegewaltigen nicht mehr hoch im Kurs.

Das heißt natürlich nicht, daß man in den Konzernzentralen angesichts der in diesem Ausmaß unerwarteten Bewegung an der IGM-Basis nicht nervös geworden wäre. Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß die Loderer und Janßen die Geister nicht mehr los wurden, die sie gerufen hatten.

Ein unbefristeter Streik in dieser Lohnrunde hätte mit Sicherheit ein gewaltiges Kampfpotential an der Gewerkschaftsbasis entfesselt. Dieser Streik wäre aktiv von breiten Schichten der Arbeiter, nicht nur von einem „harten Kern" aktiver Gewerkschafter, getragen worden. Und es hätte eine gewaltige Solidaritätsbewegung im gesamten DGB und in der Bevölkerung gegeben.

Da mußte ein Steinkühler ran, um den drohenden Flächenbrand zu verhindern. Ob er dafür eines Tages noch das Bundesverdienstkreuz bekommt? Wäre es ihm nicht geglückt, in Sindelfingen doch noch die Notbremse zu ziehen, dann wäre die „magische Fünf" nicht mehr aktuell gewesen. Dann wäre der Kampf zweifellos um echte Reallohnsicherung gegangen, um die volle Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen! Die Strategie der „lohnpolitischen Wende" wäre ernsthaft ins Wanken gekommen.

Der Verlauf dieser Lohnrunde hat sehr deutlich gezeigt, wie notwendig eine starke, schlagkräftige, gut organisierte Opposition in den Gewerkschaften ist. Wir Kommunisten müssen jetzt dieses Problem im Betrieb, in der Gewerkschaft verstärkt in die Diskussion bringen. Die RGO starkmachen! Das ist es, was vor allem not tut. Eine andere Alternative gibt es einfach nicht!

Hanfried Brenner

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

NATO Kararına karşı muhalefet gelişiyor

BONN. — Bu hafta başında Roma'da başlayan NATO İlkbahar Toplantısı'nın arifesinde, ABD atom roketlerinin ülkemize yerleştirilmesini öngören NATO silahlanma kararı üzerine hükümeti oluşturan iki partinin (FDP, SPD) içinde sert tartışmalar meydana geldi. Özellikle SPD içinde yeni Amerikan atom roketlerinin Batı Almanya'ya yerleştirilmesine karşı çıkan güçler, giderek güçlenmektedirler.

NATO atom roketleri kararı, Baden-Württemberg Eyaleti'nin SPD parti kongresinde de tartışmaların ağırlık noktasını oluşturuyordu. SPD Eyalet Yönetim Kurulu'nun formüle ettiği bir karar tasarısında, 1982 yılı İlkbaharında yapılacak olan SPD Federal Parti Kongresinden, partinin atom roketleri ile ilgili tavrının ve yapılan değişikliklerin incelenmesi istenmektedir. Bu karar tasarısı, atom roketleri kararının kaldırılmasını açık olarak önermediği halde, kongrede yer alan iki Federal Bakanın (Hauff ve Offergeld) sert tepkileriyle karşılaştı. Eyalet parti kongresinin ezici çoğunluğu, bakanların bu tepkilerine karşın önerinin lehinde oy kullandı. Bakan Offergeld, bu parti kongresinde Eyalet yönetim kuruluna seçilmedi.

Bonn'daki SPD yönetim, olağanüstü sert bir şekilde Juso (SPD gençlik örgütü-Genç Sosyalistler) Federal Komisyonun aldığı bir kararı eleştirdi. Bu kararda, yeni atom roketlerinin Batı Almanya'ya yerleştirilmesine karşı eylemlere çağrı yapılmakta ve DKP'nin Sovyet super gücüne olduğu gibi, FDP'nin büyük çoğunluğunun "süper güç ABD"nin emri altına girdiği söyleniyordu.

SPD Genel Sekreteri Glotz, bu kararı "aptal" ve "tatsız" olarak nitelendirmişti. O, bir SPD üyesinin NATO kararına karşı açık olarak propaganda yapmasını işçi sınıfı hareketinin geleneklerine ters düştüğünü iddia edecek kadar ileri gidiyordu.

Burada, Glotz'ın değindiği tamamen bir başka gelenek olması gerekir. 1914 yılında SPD'nin savaş kredilerini desteklemesiyle başlayan bu gelenek, bugün Schmidt ve Appel'in doymak bilmeyen silahlanma politikasında ve ABD emperyalizminin savaş çizgisinin Bonn Hükümeti tarafından eksiksiz olarak desteklenmesinde ifadesini bulması gerekir. SPD yönetiminin emperyalist savaş politikasının bir aracı olarak içinde göründükleri bu gelenek, işçi sınıfı hareketinin hedeflerine ihanetin geleneğinden başka bir şey değildir.

Glotz, yaptığı küfürler ve çevirdiği dolaplarla da, SPD yönetiminin bu çizgisine karşı tabanın hergün güçlenen direnişini ve savaşa karşı olan diğer güçlerin yanında, giderek artan bir biçimde eylemlere katılmasını engelleyemeyecektir. Hatta hatta FDP'nin içinde dahi böyle bir direniş giderek daha açık bir şekilde kendini göstermektedir. Bunun en açık belirtisi; Bremen, Niedersachsen ve Schleswig-Holstein Eyaletlerinden 100'ün üzerinde Eyalet Parti delegesinin Genç Demokratların yeni atom roketlerinin yerleştirilmesine karşı bir çağrısını imzalamaları idi.

IGM yönetimi gerçek ücretlerin düşürülmesini onaylıyor

İşverenlerin provokasyonları devam ediyor

FRANKFURT. — IG Metall sendika ağaları, gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı oluşan sendikal mücadele cephesine kahpece büyük bir darbe vurdular. Baden-Württemberg Eyaletinde metal sanayiinde çalışan işçiler için yüzde 4,9 ücret zammıyla ilk ihanet anlaşmasını imzaladılar. Yüzde 4,9 işverenlerin ücret politikası stratejisinde hesaplanan ücret zammından biraz daha yüksek olmakla beraber, bu oran fiyat artışlarının çok daha gerisinde kalmaktadır.

IGM Merkez Yönetim Kurulu, Stuttgart IGM bölge başkanının da desteğini alarak, son anda toplu sözleşme görüşmelerinin bütünüyle kesilmesini engelleyebildi. Ve Stuttgart bölge başkanı Steinkühler, acil fren yaparak IGM Merkez Yönetimi'nin yardımına koştu. Eğer, bu bölgede de görüşmelere son verilmiş olsaydı, Batı Almanya, bugüne kadar tarihinde görmediği bir grev yaşayacaktı. Böyle bir grevde, mücadele cephesinde yeralan sadece milyonlarca metal işçisi olmayacaktı. DGB'nin diğer sendikalarından işçiler ve memurlar da, bu grevi kendi grevlerişmiş gibi görecek ve destekleyeceklerdi.

Bu yılki ücret mücadelesinde sözkonusu olan, ücretlerin şu veya bu oranda, binde bir veya iki oranında yükseltilmesi değildir. Bugün sözkonusu olan, işveren Birliklerinin sendikal harekete karşı giriştiği saldırılardır. Onlar, ücret politikası cephesinde sendikal hareketi yıpratıp, içinde bulunduğumuz yılda ve gelecek yıllarda işçilerin gerçek ücretlerini düşürmek için, hatta gelecek yıllarda işçilerin ücret zammından bütünüyle vazgeçmesi için amansız bir biçimde saldırmaktadırlar.

Metal kapitalistlerinin inanılmaz provokatif tavırları ve açıklamaları bunu açıkça ortaya koymaktadır. Onlar, Baden-Württemberg Eyaleti için imzalanan ve ucretlerin yağmalanmasını getiren toplu sözleşme anlaşmasını diğer bölgeler için kabul etmek istemektedirler. Çünkü, fiyat artışlarının çok daha gerisinde kalan yüzde 5 ücret zammı, onlar için henüz yüksek bir rakamdır.

Eğer, IGM Yönetimi, sendika tabanının mücadele kararlılığını elinin tersiyle itip, kapitalistlerle uzlaşmaya gitmemiş olsaydı, Metal İşverenler örgütü Gesamtmetall de bu gibi ta[illegible]r takınmaya cesaret edemezdi. IGM sendika ağaları, aynen patronlar gibi, işçi sınıfının gücünden korkmaktadırlar. Baden-Württemberg Eyaleti için imzaladıkları bu anlaşmayı onlar, diğer bölgeler için de kabul edip, işçilerin gerçek ücretlerinin düşürülmesinde patronların yanında yeralacaklardır. Sendika ağalarının işçilere getireceği tek şey ihanettir.